BDA AGENDA
SOZIALPARTNER ARBEITGEBER

STANDPUNKT

Steffen Kampeter

2026 muss ein Reformjahr werden

Im Advent und kurz vor Beginn der Weihnachtszeit lohnt es sich innezuhalten, zurückzuschauen, gleichsam den Blick aber auch nach vorne zu richten: Woher kommen wir und wo wollen wir hin? Das gilt für das Private, das Öffentliche, aber auch für das politische- und wirtschaftliche Leben.

2025 hat uns eine neue Regierung beschert. Als Wirtschaft hatten wir große Erwartungen, dass es mit ihr Veränderungen hin zu einem besseren Wirtschaftsstandort gibt. Die Ampel und ihr Dauerzoff am Ende war ermüdend und hat dem Land geschadet. Um uns herum verändert sich die Welt und wir führen seit Jahrzehnten ähnliche Debatten. Diese Veränderung ist eine Aufforderung, die Ärmel hochzukrempeln und keinesfalls eine Begründung für unterlassene Standortverbesserungen.

Wer zu spät kommt, den bestraft der wirtschaftliche Rückschritt – oder nach Auffassung führender Experten: Zehn Jahre Stagnation.

Um es vorwegzunehmen: Leider wurden unsere Erwartungen nicht erfüllt. Aber manches wurde doch erreicht. Was steht auf der Habenseite?

- *In der Migration ist die Wende eingeleitet: Die Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist gedrosselt worden – die Zuwanderung in Arbeit muss allerdings noch effizienter und unbürokratischer erfolgen.*
- *Die Reformpläne zur neuen Grundsicherung klingen vielversprechend – sie stärken Arbeitsanreize und beinhalten aktivierende Elemente. Es muss allerdings noch viel geschehen, damit Arbeit wieder attraktiver wird – vor allem bei den Sozialabgaben sollte der Nettoklau endlich beendet werden.*
- *Der Bürokratierückbau wurde zur Chefsache erklärt – und Karsten Wildberger geht die Sache mit Entschlossenheit und Gründlichkeit an.*

Wenn diese Vorhaben hoffentlich schnell in Kraft treten, ist das ein Booster für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Leider steht auch einiges auf der Sollseite:

Mit der Ankündigung eines 100-Tage-Programms und Reformjahreszeiten wurden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt wurden. Reformankündigungen sind eben keine umgesetzten Verbesserungen der Standortbedingungen. Der Koalitionsvertrag ist ein Wohlfühlvertrag für Koalitionäre – ein Pflichtenheft für Standortverbesserungen ist er keinesfalls. Die substanzlosen Vorschläge der Pflegekommission zeigen: Man kann politische Verantwortung nicht in Kommissionen delegieren – die handelnden Personen müssen selbst Verantwortung übernehmen – indem sie führen, und handeln.

Einig ist sich die Koalition vor allem bei Standortverschlechterungen: Rentenreform, Tarifzwangsgesetz, Mütterrente und bei der Entgelttransparenzrichtlinie.

Für 2026 ist daher eine neue Agenda notwendig. Der Spirit von Franz Müntefering (Rente mit 67), von Peer Steinbrück (kein Geld aus dem Fenster werfen), von Peter Struck („Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hineinkam“) oder Gerhard Schröder („für Deutschland etwas wagen“) kann allen Koalitionären Inspiration bieten.

Arbeitgeberpräsident Dr. Dulger hat recht: Unser Land kann mehr – und auch diese Koalition kann mehr. Daran glaube ich. Schließlich steht ja Weihnachten bald vor der Tür. Vielleicht ist das ein guter Moment, sich etwas zu wünschen.

Es grüßt Sie herzlich,

Ihr Steffen Kampeter
Hauptgeschäftsführer